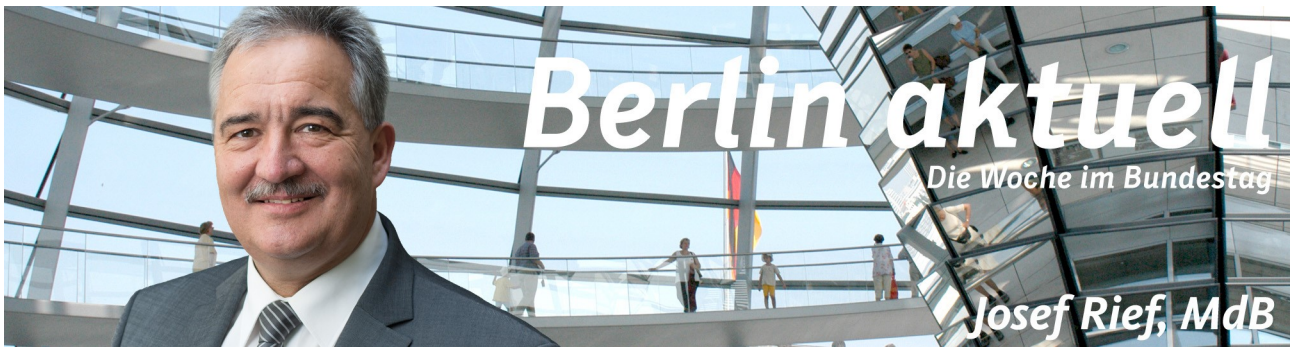

Bundestag beschließt Gesetzespaket zu Klimaschutz und Energiewende

„Eine gewaltige Gemeinschaftsaufgabe“

Deutschland will bis 2045 erstes klimaneutrales Industrieland werden. Dies ist der Kern der Klimaschutznovelle, die der Bundestag am Donnerstag neben anderen Gesetzen zur Energiewende verabschiedete.

Zur Erreichung der Klimaneutralität 2045 sieht das Gesetz Zwischenziele vor. So soll der Treibhausgasausstoß bis 2030 schon um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis 2040 um 88 Prozent. Bislang war für 2030 nur eine Senkung um 55 Prozent vorgesehen gewesen. Mit der Erhöhung des Ziels und der Definition eines weiteren Zwischenziels reagiert die Koalition auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine Entlastung künftiger Generationen von den Einsparungen bei den CO2-Emissionen gefordert hatte. Außerdem passt die Koalition ihre Politik dem erhöhten Ziel der Europäischen Union an, die bis 2030 insgesamt eine Marge von 55 Prozent erreichen will.

Die nationale und die europäische Klimapolitik müssten miteinander verschränkt werden, um effizient zu sein. Ziel ist ein umfassender europäischer Emissionshandel aus einem Guss. Bislang gilt auf europäischer Ebene ein Handel mit Verschmutzungsrechten für die Energiewirtschaft, die energieintensive Industrie und den innereuropäischen Luftverkehr. Deutschland hat einen solchen Handel auf nationaler Ebene für Wärme und Verkehr eingeführt.

Die Unionsfraktion setzt nicht nur auf marktwirtschaftliche Instrumente wie die CO2-Bepreisung über den Emissionshandel, sondern auch auf technologische Innovation, um den Klimawandel zu bekämpfen. Klimaschutz, nachhaltiges Wachstum und soziale Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden Unternehmen, die im Wettbewerb mit internationalen Firmen stehen, werden von den Kosten des nationalen Emissionshandels entlastet, damit keine Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden.

„Wir machen Klimaschutz mit Augenmaß“, sagte die Klimaschutzbeauftragte der CDU/CSU- **Seite 2**

EM-Fanbus zu Besuch bei Josef Rief

Toller Besuch einer Abordnung aus Biberach in dieser Woche, die seit Tagen durch Deutschland fährt und für Begeisterung am Rande der EM sorgt. Josef Rief freute sich sehr über die Gäste und wünschte Peter Laubheimer, Reinfried und Hermann Hampp, Willi Kollmer und Ferdinand Kehrle viel Erfolg bei ihrer Aktion, damit noch mehr Leute mit dem Fußballfieber angesteckt werden. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

Fortsetzung von Seite 1

Bundestagsfraktion, Anja Weisgerber. „Wir nehmen die Menschen dabei mit.“ Stracke und Weisgerber erinnerten daran, dass die unionsgeführte Koalition in den vergangenen beiden Jahren bereits 80 Milliarden Euro für Klimainnovationen und Entlastungen bereitgestellt hat.

Damit die Klimaschutzziele erreicht werden, muss der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix erhöht werden. Um diese Entwicklung zu fördern, wird die Erneuerung von Windparks – das sogenannte Repowering – erleichtert und beschleunigt. Darauf wies die CDU-Politikerin Astrid Damerow in der Debatte hin. Der Abgeordnete Mark Helfrich erläuterte die Förderung der Wasserstoffstrategie, die unverzichtbarer Teil der Energiewende ist. ■

Union hält das Haus Europas zusammen
Bundeskanzlerin Angela Merkel gibt voraussichtlich letzte Regierungserklärung ab

Die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit Europas nach dem Ende der Corona-Pandemie – dies ist eine der großen Fragen, mit denen sich der EU-Gipfel in Brüssel beschäftigt. In ihrer voraussichtlich letzten Regierungserklärung warb Bundeskanzlerin Angela Merkel für Reformen in der Europäischen Union.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Regierungserlärung

Sie forderte die EU-Mitgliedsstaaten auf, die gemeinsame Handlungsfähigkeit der EU zu stärken, besonders bei Schengen und beim Binnenmarkt. Auch die Geschwindigkeit der gemeinsamen Reaktion bei Krisen, wie etwa Pandemien, müsse besser werden. Des Weiteren betonte sie, dass es nicht reiche, wenn der amerikanische Präsident Joe Biden mit dem russischen Präsidenten spricht, die EU müsse auch Gesprächsformate schaffen.

Als Mitglied des Bundesrates sprach der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet zur Sitzung des Europäischen Rates im Bundestag. Laschet betonte: „Wir brauchen Europa mehr als je zuvor.“ Mit Blick auf die Veränderungen im internationalen Machtgefüge fügte er hinzu: „Wir stehen an einem Epochenwechsel.“ Wettbewerbsfähigkeit und Handlungsfähigkeit der EU liegen dem Ministerpräsidenten am Herzen. „Wir brauchen mehr Mehrheitsentscheidungen“, sagte er. Besonders in der Außen- und Sicherheitspolitik müsse die Blockade ein Ende haben, sonst bleibe Europa „auf der Zuschauertribüne“. Dabei schwebt ihm eine „flexible Koalition der Gestaltungswilligen“ vor. Nationalstaatlichen Reflexen, wie sie zu Beginn der Corona-Pandemie beispielsweise in Grenzschließungen zutage traten, erteilte er eine Absage. Nationalstaaten seien zu schwach, um in einer globalisierten Welt zu bestehen. Deutschland könne nur stark sein, wenn auch der Binnenmarkt funktioniere. ■

Insekten - Grundlage der biologischen Vielfalt

Regelungspaket sorgt für Artenschutz und sichert freiwillige Vereinbarungen der Länder für kooperativen Naturschutz ab.

Der Bundestag hat am Donnerstag abschließend das Gesetz zum Schutz der Insektenvielfalt in Deutschland beraten. Insekten sind eine Grundlage intakter natürlicher Lebensräume und eine Voraussetzung für biologische Vielfalt. Ohne Pflanzenbestäuber wären unsere Nahrungsketten in Gefahr.

Bei den Neuregelungen sind die Ausweitung des Biotopschutzes zum Erhalt der Lebensräume der Insekten und Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in den besonders wichtigen Biotopen zentral. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die tägliche Arbeit unserer Landwirte. Die Union will deshalb auch künftig den erfolgreichen Weg eines kooperativen Naturschutzes gemeinsam mit den Landwirten gehen. Dafür hat sie in den parlamentarischen Beratungen die Weichen gestellt. Bestehende freiwillige Vereinbarungen der Länder mit der Landwirtschaft werden rechtlich abgesichert. Der kooperative Ansatz soll auch in Zukunft das Mittel der Wahl sein.

Josef Rief ist dabei besonders wichtig, dass die Beschlüsse nicht über die bereits in Baden-Württemberg geltenden Regelungen hinausgehen und dass es gelungen ist, für die Bauern eine jährliche Kompensation für Insektenschutzmaßnahmen in Höhe von 65 Mio. Euro bereitzustellen.■